



Niederschrift

**- öffentlicher Teil -
über die 38. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Umwelt, Verkehr und Tiefbau
des Stadtrates der Stadt Fürstentfeldbruck**

Sitzungsort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

22.04.2026

Sitzungstag: Beginn: Uhr

Ende: Uhr

Anwesend:

Bemerkungen:

Vorsitzender, Oberbürgermeister

Götz, Christian

Schriftführer/in

Roll, Anna

Ausschussmitglieder

Bosch, Albert

Brückner, Thomas

Danke, Karl

de Tschaschell, Tanja

Droth, Quirin

Halbauer, Jan

Höfelsauer, Franz

Kellerer, Martin

Klemenz, Birgitta, Dr.

Pöttsch, Mirko

Quinten, Ulrike

Schilling, Johann

Vertreter/in

Weber, Florian

Weinberg, Irene

Verwaltung

Kieser, Christian

Reize, Markus

Schneider, Corinna

Abwesend:

Grund:

Öffentliche Tagesordnung

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52. Abs. 3 GO
2. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift
3. Umwelt- und verkehrsrechtliche Fragen
4. Vergabe Straßenunterhalt 2026
5. Widmung der Jexlau
6. LSA B2 Puch Zur Kaisersäule - Vorstellung des Planungskonzepts durch das StBA und Beschluss der LSA
7. mündlicher Bericht Ausschreibung Kommunale Wärmeplanung
8. Baumspendenprogramm – Fürstenfeldbruck pflanzt Zukunft
9. Umgestaltung Pucherstraße 7 - Entwurf Objektplanung, Beschluss
10. Verschiedenes

Oberbürgermeister Christian Götz eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit gemäß Artikel 47 Abs. 2 GO fest.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

(Weitere) Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

TOP 1	Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52. Abs. 3 GO
--------------	---

TOP 2	Genehmigung der öffentlichen Niederschrift
--------------	---

Beschluss:

Gemäß Artikel 54 Absatz 2 Halbsatz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) sowie § 38 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Fürstenfeldbruck sind die Niederschriften von Sitzungen städtischer Gremien vom jeweiligen Ausschuss bzw. Stadtrat zu genehmigen. Dies erfolgt in offener Abstimmung mit der Mehrheit der Abstimmenden (Artikel 51 Abs. 1 GO).

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt die Genehmigung der Niederschrift der **öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau vom 04.02.2026**.

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 0

TOP 3	Umwelt- und verkehrsrechtliche Fragen
--------------	--

Frau Dr. Zierl erkundigt sich bei Frau Thron, was bei dem heutigen Ortstermin in der Oskar-von-Miller-Straße rausgekommen ist und somit der Sachstand bzgl. ihrem Sachantrag ist.

Frau Thron aus der Verwaltung erwähnte zuvor, dass in der Stadtratssitzung, die einen Tag davor stattgefunden hatte, die Frage aufkam, wie es mit der Ampel an dem Knotenpunkt B471 und B2 funktionieren soll.

Sie berichtet kurz über die geplante Errichtung einer Lichtsignalanlage (LSA) am Knotenpunkt der B471 und der neuen B 2, die während der Sommerferien stattfinden soll. Das Staatliche Bauamt Freising beabsichtige, die Fahrbahn vom Kreisverkehr Grafrath bis zur Anschlussstelle Buchenau zu erneuern und dabei die Ampel zu errichten.

Zur ursprünglichen Frage erläutert Frau Thron, dass sie sich vor Ort mit Vertretern des Staatlichen Bauamtes, der Polizei, Frau Gessner und Frau Straubinger (Radverkehrsbeauftragte) getroffen habe.

Im vorderen Bereich der O.-v.-Miller-Str, zwischen Münchner Str. und Bahnhofstr. soll beidseitig alles unverändert bleiben.

Richtung Schöngeisinger Str.

An der Bahnhofstr. ist eine Überleitung an der Ampel, von der Nordseite auf die Südseite der O.-v.-Miller-Str., vorhanden. Die Wegweisung dafür soll erhalten bleiben. Durch die Aufhebung des Benutzungszwangs (gemeinsamer Geh- und Radweg für beide Richtungen, ca. 20m) auf der Südseite soll sich die Möglichkeit ergeben, zwischen der Benutzung der Fahrbahn und dem Gehweg auf der Südseite, der nach den ca. 20m bereits für Radfahrer freigegeben ist, zu wählen. D.h., im Abschnitt zwischen der Bahnhofstr. und dem H.-Moor-Weg wird der Radverkehr in beiden Fahrtrichtungen auf der Südseite „geführt“.

Frau Thron erwähnt, dass die Bindungsfrist für Park and Ride am Parkdeck Ende des Jahres wegfällt. Es soll geprüft werden, ob die Auslastung es zulässt, dass dann ein Teil des Parkdecks freigegeben werden kann. Dies würde die Möglichkeit eröffnen, einen Radfahrstreifen von der Bahnhofstr. bis zur Fürstenfelder Str. (Einbahnstr.) zu markieren, damit der Seitenwechsel wegfallen könnte.

Höhe H.-Moor-Weg bleibt die Überleitung des Radverkehrs am FGÜ zurück auf die Nordseite. Vom FGÜ bis über die Straße Am Mühlanger hinweg gibt es einen Radfahrstreifen, der bestehen bleibt. Ab dort soll bis zur Schöngeisinger Str., wo noch nicht vorhanden, der Benutzungszwang aufgehoben und der Gehweg für den Radverkehr freigegeben werden. Somit ergibt sich die Möglichkeit zwischen Fahrbahn und Gehweg zu wählen.

Richtung Münchner Str.

Zwischen der Schöngeisinger Str. und der Straße Am Engelsberg, ist ein getrennter Geh- und Radweg mit Benutzungszwang vorhanden. Dies soll so beibehalten werden.

Ab der Straße am Engelsberg bis zum H.-Moor-Weg ist der Gehweg bereits für den Radverkehr freigegeben. m H.-Moor-Weg bis zur Ampel Bahnhofstr. gibt es einen benutzungspflichtigen Radweg, der beibehalten werden soll.

Frau Dr. Zierl erkundigt sich, warum in anderen Bundesländern mit der gleichen Straßenverkehrsordnung bereits Tempo 30 auf Hauptstraßen innerorts möglich sei und umgesetzt werde. Sie berichtet von einem deutschlandweiten Seminar, bei dem eine Karte gezeigt worden sei, auf der Bayern als einziger weißer Fleck in Bezug auf Tempo 30 auf Hauptstraßen dargestellt worden sei.

Herr Oberbürgermeister Götz äußert, dass nach seinem Kenntnisstand die Ausführungsverordnung die Ursache für die Problematik sei. Er führt aus, dass die Straßenverkehrsordnung bundesweit gelte, jedoch die Ausführungsverordnungen Ländersache seien. Seinem Wissen zufolge sei Bayern in der Umsetzung dieser Verordnungen am wenigsten fahrradfreundlich, was er als ärgerlich bezeichnet.

Anfrage Nordendstraße:

Herr Doll von der Verwaltung äußert Zweifel an der Information, dass der Bau nicht im Zeitplan liege. Er führt aus, dass laut Bauvertrag die Bauzeit bis zum 12.06.2026 festgelegt sei und der Bau mit einer Woche Puffer voraussichtlich früher abgeschlossen werde. Derzeit würden die Randfassungen gesetzt. Herr Doll erklärt, dass er selbst auf der Baustelle vorbeischaue und regelmäßig den Bauleiter kontaktiere. Er bittet darum, ihn

direkt anzurufen, um sicherzustellen, dass die korrekten Informationen übermittelt werden und nicht von unbeteiligten Personen auf der Baustelle stammen.

Herr Stadtrat Pöttsch erklärt die Angelegenheit aus seiner Sicht, dass er von einem Stadtratskollegen der BBV gebeten worden sei, sich ein Bauprojekt anzusehen, da er beruflich mit HLS, insbesondere Bodenleitungen, zu tun habe. Bei einem Treffen vor Ort sei ihnen der Bauleiter begegnet, der mitgeteilt habe, dass der Zeitplan des Projekts nicht eingehalten werden könne. Daraufhin habe Stadtrat Pöttsch den Oberbürgermeister kontaktiert, um Informationen über den Sachverhalt zu erhalten. Er betont, dass er keine Informationen an die Presse weitergegeben oder die Anwohner beunruhigt habe, sondern sich direkt an die Verwaltung gewandt habe, um die Angelegenheit zu klären.

Herr OB Götz bittet darum, bei Fragen zur Baustelle den Kontakt zur Verwaltung zu suchen. Er betont, dass dies insbesondere für den Verkehrsreferenten wichtig sei, da dieser als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Stadtrat fungiere. Er solle zunächst die Verwaltung fragen, um den aktuellen Sachstand zu erfahren.

TOP 4	Vergabe Straßenunterhalt 2026
--------------	--------------------------------------

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3859/2026 vom 13.02.2026 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Das Gremium kam ohne weitere Diskussion zum folgendem:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt die Arbeiten für den Straßenunterhalt 2026 an die Fa. Alfons Lammich, Tief- und Straßenbau, Rudolf-Diesel-Ring 9, 82256 Fürstenfeldbruck zu einer Gesamtbruttosumme von 379.097,15 € zu vergeben.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 5	Widmung der Jexlau
--------------	---------------------------

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3900/2026 vom 24.03.2026 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Oberbürgermeister Götz erläutert, dass die Widmung der Jexlau, einer U-förmigen Straße in Puch, auf der Tagesordnung stehe. Er führt aus, dass diese Straße aus bislang unbekanntem Gründen noch nicht offiziell gewidmet sei, obwohl die Voraussetzungen dafür längst erfüllt seien. Er betont, dass es sich um eine öffentliche Ver-

kehrfläche handele, die bereits seit längerem genutzt werde und dass die Fläche vollständig im städtischen Eigentum sei. Herr Götz stellt klar, dass die Widmung keinen Zusammenhang mit Erschließungsbeiträgen habe, sondern lediglich der formelle Akt der Widmung vollzogen werden solle. Er fragt, ob es dazu Wortmeldungen gebe.

Herr Stadtrat Danke erkundigt sich beim Oberbürgermeister, ob es einen aktuellen Stand bezüglich der Prüfung gebe, ob ein Teilstück gemäß Erschließungsbeitragsrecht abgerechnet werden müsse. Er bezieht sich dabei auf den Sachvertrag, in dem diese Prüfung erwähnt werde.

Herr Schnödt von der Verwaltung, berichtet das sie sich noch in er aktuellen Prüfung befinden.

Der Ausschuss kam ohne weitere Diskussion zu folgendem:

Beschluss:

Die „Jexlau“ wird zur Ortsstraße ohne Widmungsbeschränkungen gewidmet.

Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 0

TOP 6	LSA B2 Puch Zur Kaisersäule - Vorstellung des Planungskonzepts durch das StBA und Beschluss der LSA
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3873/2026 vom 09.03.2026 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz informiert kurz über den Sachantrag an der B2/Kaisersäule und übergibt das Wort an Herrn Riedelsheimer vom Staatlichen Bauamt Freising.

Herr Riedelsheimer und andere Fachleute präsentieren die Ergebnisse vom Verkehrsgutachten und erläutern die Unfallhäufungen an der Kreuzung sowie die Vorzüge einer Lichtsignalanlage im Vergleich zu einem Kreisverkehr, insbesondere hinsichtlich der Verkehrsführung für Fußgänger und Radfahrer. Die Diskussion umfasst auch die baulichen Anpassungen und die Notwendigkeit, die Verkehrsströme in der Planung zu berücksichtigen, um eine sichere und effiziente Verkehrsführung zu gewährleisten.

In der Diskussion äußert **Herr Stadtrat Brückner** seine Bedenken hinsichtlich der fehlenden Radwegeinmündung in die Lindacher Straße und fordert eine Einschleifung auf die Fahrbahn.

Herr Ostermann vom Ingenieurbüro Haas erklärt, dass dies mit dem neuen Pucher Meer abgestimmt werden müsste und dementsprechend ist es noch nicht ausgearbeitet, da sie noch nicht einschätzen können ob das „neue“ Pucher Meer überhaupt kommt.

Frau Dr. Zierl fragt nach, da die Ampelanlage von der B2 (Fürstenfeldbruck nach Mammendorf) durchgehend grün sein solle und von Lindach nach Puch durch Kontakt erst reagiert, ob diese dann auch die Radfahrer erkennen die z.B. Richtung Puch fahren würden.

Dies wurde von den Fachleuten mit einem klaren „ja“ beantwortet.

Zudem möchte **Frau Dr. Zierl** wissen, ob die Fahrräder mit Anhängern auf die Verkehrsinseln passen.

Herr Ostermann erklärt, dass es kein Problem ist auf die Verkehrsinsel mit Anhänger zufahren.

Herr Stadtrat Brückner berichtet, dass er heute mit Herrn Seifert vom ÖPNV gesprochen hat und die Busse benutzen aktuell, wenn sie die Strecke fahren, den Bypass um an die Haltestelle zu kommen und fragt nach, ob man diesen beibehalten könnte.

Herr Ostermann berichtet, dass es an dieser Kreuzung keinen Bypass geben wird, sondern nur die LSA-Anlage. Der Bypass wird zurückgebaut, sodass man diese Kreuzung mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Radfahrer nutzen kann.

Herr Riedelsheimer ergänzt, dass es sich dabei um Verkehrssicherheit handelt und wenn die Kreuzung schon umgebaut wird, dann so, dass sie für alles verkehrssicher ist.

Herr Stadtrat Kellerer hätte es schön gefunden, wenn die Möglichkeit von einem Kreisverkehr mehr ausgeführt worden wäre und eine Gegenüberstellung von den Kosten des Kreisverkehrs und der LSA-Anlage.

Herr Kunz von der Firma gevas ergänzt, dass es sich dabei nicht genau um die aktuellen Zahlen handelt, sondern bei dem Gutachten werden immer Zahlen dazugerechnet. Der andere Kreisverkehr hat eine sehr breite Fahrbahnbreite.

Herr OB Götz fragt nach, ob man die Zahlen nochmal überdenken könnte, da dort die Konversion Fliegerhorst berechnet worden ist, den es so nicht mehr geben wird.

Herr Kunz berichtet das man mit den neuen Zahlen nochmal ein Verkehrsgutachten machen könnte.

Herr Stadtrat Stangl schlägt vor, nochmal die Möglichkeit eines Kreisverkehrs mit den aktuellen Zahlen vom staatlichen Bauamt zu prüfen lassen und heute keine Entscheidung zu treffen.

Nach längeren Diskussionen kam der Ausschuss zu folgendem:

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschläge gemäß Sachantrag:

1) Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Staatlichen Bauamt Freising die Planungen für die Errichtung eines Kreisverkehrs an der Bundesstraße B2 auf Höhe der Kaisersäule bei Puch erneut aufzunehmen.

2) Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah die Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern zu führen, um die planungs- und grundstücksrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung eines Kreisverkehrs zu klären.

Abweichender Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1) Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau stimmt dem Ausbau des Knotenpunkts B2 – Zur Kaisersäule (Puch) und der Errichtung einer Lichtsignalanlage, wie vom Staatlichen Bauamt und dessen beauftragten Planungsbüro in der Sitzung am 24.3.2026 vorgestellt, zu. Die Planung und Bauausführung werden vom Staatlichen Bauamt ausgeführt.

2) Die Baukosten (aktuell geschätzt i.H.v. 3,88Mio € brutto) werden zu einem Anteil von 37,4% von der Stadt Fürstenfeldbruck getragen, zzgl. einer Verwaltungspauschale i.H. von 15% des städtischen Baukostenanteils. Die übrigen Kosten trägt das Staatliche Bauamt.

3) Der Sachantrag ist abgeschlossen.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau weist den Sachantrag wieder an das Staatliche Bauamt Freising zurück. Das Staatliche Bauamt wird darum gebeten eine erneute Präsentation mit den aktuellsten Zahlen in der Juni Sitzung vorzustellen.

Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 0

TOP 7	mündlicher Bericht Ausschreibung Kommunale Wärmeplanung
--------------	--

Frau Billeter aus der Verwaltung berichtet über den aktuellen Stand der Wärmeplanung. Sie erinnert daran, dass vor etwa einem Jahr die Beauftragung und die Ermächtigung des Bürgermeisters zur Vertragsunterzeichnung erfolgt sei. Im Oktober sei das Leistungsverzeichnis im Rahmen einer produktiven Diskussion besprochen worden. Im Februar habe die Ausschreibung stattgefunden, und im März habe sie die eingegangenen Angebote ausgewertet. Frau Billeter betont, dass sie die Angebote gewissenhaft geprüft habe, um das beste Büro zu finden. Gemeinsam mit dem Auswahlgremium, bestehend aus Herrn Dachsel, Herrn Geschwinder für den Umweltbeirat und Frau Halke, habe es sehr gute und produktive Diskussionen gegeben, in denen jeder seine Expertise eingebracht habe. Sie sei mit dem Prozess sehr zufrieden gewesen. Der Vertrag sei am vergangenen Freitag von Herrn Oberbürgermeister Götz unterschrieben worden und heute zurückgekommen.

Frau Billeter hoffe, dass die Planung in einem Jahr abgeschlossen ist und vor der Sommerpause entweder im Gremium oder im Runden Tisch Klima vorgestellt werden kann. Vor der Sommerpause solle die erste Bürgerinformation stattfinden, gefolgt von

weiteren Veranstaltungen in den kommenden Monaten. Sie hoffe, dass die Planung im Laufe des Jahres abgeschlossen werde.

Herr OB Götz führt aus, dass die Fortschritte im aktuellen Projekt vielversprechend seien und man gespannt auf die weitere Entwicklung blicke.

Der Ausschuss UVTA nahm den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 8	Baumspendenprogramm – Fürstenfeldbruck pflanzt Zukunft
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3861/2026 vom 16.02.2026 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Oberbürgermeister Götz erläutert das Baumspendenprogramm "Fürstenfeldbruck pflanzt Zukunft". Er führt aus, dass die Stadt beabsichtige, die Kosten für Gehölze im Privatbereich zu bezuschussen, wobei die Bezuschussung bis zu einem Höchstbetrag von 500 Euro pro Wohneinheit erfolgen solle. Die Bäume würden zu 100% bezuschusst. Die Bestellung der Gehölze erfolge durch die Stadtgärtnerei. Für die Jahre 2025 und 2026/27 seien jeweils 25.000 Euro vorgesehen. Ein Bestellformular für das Jahr 2026 sei bereits verfügbar und solle der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Anschließend übergibt er das Wort an Frau Kontaris.

Frau Kontaris aus der Verwaltung führte aus, dass für sie die Stadt Aalen ein großes Vorbild für dieses Programm sei, da es dort gelungen sei, kommunale Flächen für Bäume und Grünflächen zu schaffen. Zudem berichtet sie, dass sie sich intensiv mit dem Bauhof und Herrn Zeh abgestimmt habe, um die Abwicklung und die Auswahl der Pflanzen zu koordinieren. Sie hebt hervor, dass der Bauhof bereit sei, an den Abholtagen präsent zu sein und kostenlose Beratung zu den einzelnen Bäumen anzubieten, was sie als positiv bewertet. Frau Kontaris verweist darauf, dass der Plan sei, das Programm dieses Jahr zu starten, wie bereits von Herrn Götz erwähnt. Sie erklärt, dass eine Gehölzliste mit verschiedenen Kategorien und einem Punktesystem angehängt sei, sodass Bürgerinnen und Bürger je nach Wunsch und Bedarf zwei größere oder fünf kleinere Gehölze auswählen könnten. Abschließend äußert sie den Wunsch, das Programm einfach einmal auszuprobieren.

Frau Stadträtin Weinberg erkundigt sich, ob die Regelung ausschließlich für Eigentümer gelte oder ob diese auch für Pächter anwendbar sei.

Frau Kontaris führt aus, dass sowohl Mieter als auch Pächter dies beantragen können. Sie erläutert, dass in Fällen, in denen Personen lediglich Mieter oder Pächter seien, der Eigentümer ebenfalls unterschreiben und die entsprechenden Unterlagen ausfüllen müsse.

Herr 2. Bürgermeister Stangl erklärt, dass er grundsätzlich die Maßnahme des Baumpflanzens unterstütze und selbst bereits viele Bäume gepflanzt habe. Er äußert jedoch

Bedenken hinsichtlich des Formulars, das für die Maßnahme verwendet werde. Als Antragsteller müsse man sich gut überlegen, was man unterschreibe. Er zitiere mehrere Beispiele aus dem Antragsformular wie zum Beispiel, dass sämtliche entstehenden Kosten bei Nichtabholung in Rechnung gestellt würden. Er weist darauf hin, dass es viele Gründe geben könne, einen Baum nicht abzuholen, und bittet eindringlich darum, den Text so zu gestalten, dass die Maßnahme nicht durch abschreckende Formulierungen an Schwung verliere. Er fordert eine Überarbeitung des Textes, um den Bürgern nicht den Eindruck zu vermitteln, sie würden in ein enges juristisches Korsett gezwängt

Frau Kontaris führt aus, dass bezüglich des Formulars eine Abstimmung mit der Stadt Aalen stattgefunden habe, die ein ähnliches Formular verwende. Sie betont, dass man verhindern wolle, dass Bäume im Wert von 300 bis 500 Euro bestellt, aber nicht abgeholt würden, da dies sowohl für die Bäume als auch für die finanziellen Mittel schade sei. Aus diesem Grund sei die Klausel enthalten, dass in solchen Fällen Kosten in Rechnung gestellt würden. Sie hebt hervor, dass diese Regelung nach Abstimmung als richtig und wichtig erachtet werde, um dies entsprechend zu signalisieren.

OB Götz schlägt vor, die Angelegenheit verwaltungsintern erneut zu prüfen, um die Sinnhaftigkeit der bestehenden Formulierungen zu bewerten. Er erklärt, dass es wichtig sei, herauszufinden, welche Formulierungen möglicherweise abschreckend wirken und gegebenenfalls eine Anpassung oder Streichung einzelner Teile vorzunehmen, um die Inhalte zu verschlanken. Er bietet an, diese Überprüfung gemeinsam mit der Grünplanung und Herrn Peischl als Sachgebietsleiter durchzuführen. Herr Oberbürgermeister Götz äußert Verständnis für beide Seiten der Diskussion und erkennt an, dass bestimmte Formulierungen einige Personen möglicherweise abschrecken könnten, was nicht beabsichtigt sei.

Nach längerer Diskussion kam es zu folgendem:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Technik beschließt:

1. Es wird ein städtisches Förderprogramm für Baumpflanzungen auf Privatflächen im Jahr 2026 eingeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderrichtlinien, die Pflanzliste sowie das Antrags- und Ausgabeverfahren zu realisieren und die Umsetzung über den Bauhof zu organisieren. Dem Ausschuss ist zum Ende des Jahres 2026 ein Erfahrungsbericht vorzulegen. Auf dieser Grundlage wird über die Fortführung des Programms im Jahr 2027 entschieden.

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

TOP 9	Umgestaltung Pucherstraße 7 - Entwurf Objektplanung, Beschluss
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3877/2026 vom 10.03.2026 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr OB Götz führt kurz in den Sachantrag ein und erklärt die Gestaltung des Parkplatzes in der Pucher Straße 7. Frau Bolek habe einen Entwurf erstellt, der vorschlägt, entweder große Pflanzgefäße zu verwenden oder tatsächlich Großbäume zu pflanzen, die ausreichend Wurzelraum fänden. Er betont, dass der limitierende Faktor im Innenstadtbereich oft der fehlende Wurzelraum sei, was zu verkümmerten Bäumen führe. Nach Untersuchung des Untergrunds und der dort verlaufenden Sparten habe man festgestellt, dass Wurzelraum für drei Bäume vorhanden sei. Zusätzlich könnten zwei Behindertenstellplätze und zwei Elektro-Ladesäulenparkplätze eingerichtet werden, umgeben von Grünflächen, die wahrscheinlich als Staudenbeete ausgeführt werden sollten. Dies solle sowohl der Hitzeinsel im Bereich entgegenwirken als auch die Aufenthaltsqualität erhöhen. Sitzgelegenheiten seien noch nicht eingeplant, könnten aber später ergänzt werden, was aus verschiedenen Gründen bisher nicht erfolgt sei.

Frau Bolek aus der Verwaltung bedankt sich zunächst bei Herrn OB Götz für die ausführliche Einführung und erklärt, dass sie daraufhin nicht mehr viel ergänzen müsse. Diese zeige, dass das Gebiet zu 100% versiegelt sei und aktuell als Stellplätze genutzt werde. Dabei gebe es das Problem der bestehenden Sparten, die von den aktuellen Unterlagen abweichen, da neue Erkenntnisse hinzugekommen seien. Konkret sei eine Querverbindung entdeckt worden, die in einem alten Plan verzeichnet sei und wahrscheinlich für das Abwasser von der Pucher Straße 7a genutzt werde. Diese Leitung sei jedoch unregelmäßig verlegt worden, wodurch die Möglichkeiten für Baumstandorte eingeschränkt seien, da die Bäume nicht in den Leitungsbereich hineinwachsen dürften. Um die Baumgruben zu vergrößern, sei beschlossen worden, diese unter dem Bestandsgehweg zu erweitern. Dies sei technisch möglich und besser als kleinere Baumgruben, auch wenn es nicht optimal sei.

Die Stellplätze seien nach links und rechts verschoben worden, um maximalen Wurzelraum für die Bäume zu schaffen und gleichzeitig vier Stellplätze unterzubringen. Bei der Grünfläche sei darauf geachtet worden, dass diese möglichst groß sei und zur Straße hin mit Mauerwinkeln eingefasst werde, um sie vor Befahren und Salzstreuung zu schützen. Dadurch sei die Pflanzung besser geschützt und könne ökologischer gestaltet werden. Frau Bolek betont, dass sie möglichst ökologische Beläge für die Elektrofahrzeug-Stellplätze verwenden möchte, wie etwa Rasenfugenpflaster, um eine Teilverdichtung zu erreichen. Bei den Behindertenstellplätzen müsse sichergestellt werden, dass diese behindertengerecht ausgebildet werden. Bei der Bepflanzung sei es wichtig, auf eine insektenfreundliche Gestaltung zu achten, da es Förderprogramme für Baumstandorte gebe, die entsprechende Vorgaben hätten.

Herr Stadtrat Höfelsauer erklärt, dass er dem Vorschlag nicht zustimmen werde, da seine Gewerbetreibenden diesen nicht unterstützen würden. Er führt aus, dass durch die Maßnahme erneut sechs Parkplätze im Innenraum verloren gingen.

Frau Stadträtin Quinten äußert Bedenken bezüglich der geplanten Entfernung von Stellplätzen, insbesondere in Bezug auf Herrn Stadtrat Höfelsauer. Sie führt aus, dass die vier Parkplätze in zentraler Lage nicht immer belegt seien, ebenso wenig wie die Behinderten- und Elektroparkplätze. Dies könne Unmut hervorrufen, weshalb sie vorschlägt, alternative Lösungen zu erwägen. Sie regt an, spezielle Seniorenparkplätze für ältere Bürger ohne Behindertenausweis zu schaffen, ähnlich wie in Ebersberg, bei-

spielsweise in der Aumillerstraße oder im Rathaushof. Für andere Parkplatzsuchende schlägt sie vor, die Parkplätze am Volksfestplatz in der Verlängerung der Philipp-Weiß-Schule mit einer begrenzten Parkdauer auszustatten, um Dauerparker zu vermeiden und eine gute Parkmöglichkeit für Einkäufer zu schaffen. Sie betont, dass diese Anregungen gerne aufgenommen und ein entsprechender Vorschlag erarbeitet werde.

Herr Stadtrat Weber regt an, bei der Umgestaltung des Platzes zu berücksichtigen, dass die Bühne für das Altstadtfest nach rechts verschoben werden könne, da die Einfahrt zur Tiefgarage nicht benötigt werde. Er weist darauf hin, dass es sinnvoll sei, keine fest installierten Bänke zu verwenden, sondern solche, die leicht entfernt werden können. Zudem solle ein Stromanschluss eingeplant werden, für die Veranstaltungen. Er betont, dass es bedauerlich wäre, wenn der Platz für das Altstadtfest verloren ginge, obwohl er einräume, dass er in den restlichen Wochen des Jahres nicht benötigt werde. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass bei der Planung möglichst wenig feste Bestandteile eingebaut werden sollten, um Flexibilität zu gewährleisten. Abschließend äußert er, dass er keine Informationen über die möglichen Extrakosten habe, die durch diese Überlegungen entstehen könnten.

Frau Thron erkundigt sich bei Frau Bolek nach dem Zeitplan. Sie führt aus, dass die Stadtwerke auf eine Freigabe warten würden, um eine Ladesäule mit zwei Ladeplätzen zu installieren. Sie weist darauf hin, dass die Parkplätze nicht genutzt werden könnten, falls dort eine Tribüne errichtet werde.

Frau Bolek erläutert, dass sie in den letzten Wochen intensiv mit den Stadtwerken in Abstimmung gewesen sei. Sie führt aus, dass die Stadtwerke ihre Ladesäule aufstellen könnten, sofern der Entwurf in der aktuellen Form bestehen bleibe. Da die Ladesäule ohnehin auf einem Sockel stehe und die Position bereits halbwegs mit den Stadtwerken abgestimmt sei, sei die Aufstellung möglich. Frau Bolek erklärt, dass der Anschluss der Ladesäule parallel zum Gebäude verlaufe und dann senkrecht hochgeführt werde. Dieser Prozess sei bereits in Klärung und die Stadtwerke seien im Prinzip unabhängig von der weiteren Planung, solange die Säule an der festgelegten Stelle und in der abgestimmten Höhe positioniert werde.

Herr Stadtrat Quirin Droth bemängelt, dass im gesamten Stadtgebiet die Parkplätze für zulassungspflichtige Zweiräder, zu denen auch Pedelec gehörten, vernachlässigt würden. Er führt aus, dass im Stadtgebiet derzeit keine motorisierten Zweiräder mit Verbrennungsmotoren zu finden seien. Diese würden zwischen Fahrrädern geparkt, wobei die Fahrer bei Glück keinen Strafzettel erhielten, bei Pech jedoch häufig mit Verwarnungen rechnen müssten. Er berichtet, dass er persönlich als Zweiradfahrer bereits zweimal im Innenstadtbereich verwarnt worden sei und Strafzettel erhalten habe. Herr Stadtrat Quirin Droth stellt die Frage, wo die Unterscheidung zwischen zulassungspflichtigen Zweirädern, die umweltfreundlich seien, und solchen, die es nicht seien, getroffen werde. Er merkt an, dass keine Alternativen für Zweiräder geschaffen würden, obwohl diese platzsparender seien. Es würde sich anbieten, diese in der Innenstadt zu belassen, insbesondere Pedelecs, die ebenfalls zulassungspflichtig seien und dort erwünscht seien. Abschließend warnt Stadtrat Droth davor, bei Verwarnungen zwischen umweltfreundlichen und nicht umweltfreundlichen Zweirädern zu unterscheiden, da dies zu gefährlichen Situationen führen könnte.

Frau Thron spricht sich gegen die Ausweisung von Motorradparkplätzen in der Innenstadt aus. Sie begründet dies damit, dass Motorräder nur saisonal genutzt würden und daher eine regelmäßige Anpassung der Beschilderung im Frühjahr und Herbst erforderlich wäre. Zudem würde ein Motorradparkplatz einen PKW-Parkplatz beanspruchen, auch wenn sich zwei Motorräder dort einstellen könnten. Bezüglich der Pedelecs äußert sie, dass sie persönlich keine Verwarnungen aussprechen würde, wenn diese bei den Fahrradständern abgestellt seien. Sie schlägt vor, dass man in der Fläche rechts bei den Fahrradständern, wie zuvor besprochen, eine entsprechende Lösung integrieren könne.

Nach weiteren Diskussionen kam der Ausschuss zu folgendem:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt:

1. Dem vorgestellten Entwurf für die Umgestaltung der Parkplatzfläche an der Pucher Straße 7 (Anlage 3) wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des Entwurfs die weiteren erforderlichen Schritte zur Umsetzung (Ausführungsplanung, eventuelle Beantragung von Fördermitteln, Vorbereitung auf Ausschreibung und Vergabe) durchzuführen.

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 3

TOP 10	Verschiedenes
---------------	----------------------

Herr Oberbürgermeister Christian Götz beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Christian Götz
Oberbürgermeister

Anna Roll
Schriftführerin